

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Robert Arnhold
Hauptstraße 20/22
Telefon 25241
Für den Verleger: R. T. H.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimonatlicher Lieferung 2,50 M., monatlich 2,95 M.
Die 1. Spalte 37 mm breite Zeile 1,20 M., hierzu 10% Anschlag. Auf Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 Spalte 25%, 2 Spalten 35%, 3 Spalten 45%, 4 Spalten 55%, 5 Spalten 65%, 6 Spalten 75%, 7 Spalten 85%, 8 Spalten 95%, 9 Spalten 100%.

Druck- u. Verlagsanstalt: R. T. H.
Hauptstraße 20/22
Telefon 25241

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22 || Berliner Bureau:
Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 || Berlin W 56, Französische Straße 33a

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte. ::
Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zins-
schein-Einlösung. ::
An- und Verkauf in- und ausländischer Werte.

Ein amerikanisches Ultimatum an den Verband.

Amerika und die südslawische Frage.

London, 17. Febr. Neuer erzählt: In Wilsons Note, betreffend Südslawien, heißt es, wenn die Verbündeten eine Entscheidung im Sinne des Pariser Kompromisses vom 30. Januar treffen würden, dann würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, die Zurückziehung ihrer Unterstützung unter dem Versailler Vertrag in Erwägung zu ziehen. Eine Antwort auf diese Note ist abzugeben. (S. T. H.)

Amsterdam, 17. Febr. Wie das Reuters-Bureau aus Washington meldet, wird in der letzten Note der Vereinigten Staaten an die Alliierten entschiedener Widerspruch gegen eine Lösung der südslawischen Frage erhoben, die mit den im Versailler Vertrag festgestellten Bestimmungen nicht vereinbar sei. Beinahe das Weiße Haus haben erklärt, die Vereinigten Staaten könnten sich an der Regelung der Südslawenfrage nicht beteiligen, da die Premierminister der Alliierten ihren Beschlüssen ohne Befragung der Vereinigten Staaten gefaßt hätten. In ähnlichen Kreisen wird ange deutet, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise das Hilfswort für Europa einsetzen werden, wenn eine Veränderung des Friedensvertrages, die die Vereinigten Staaten als unvereinbar mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung erachten, in Kraft tritt. (S. T. H.)

Opposition gegen Wilson in der südslawischen Frage.

Wien, 17. Febr. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). London, 17. Febr. Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ übermittelt einen Auszug aus der Antwort der Verbündeten an Wilson: Frankreich und England verteidigen mit großer Energie die Ansprüche Italiens und verweisen Wilson auf den Widerspruch, daß er in einer Frage, bei der es sich um 30.000 Slawen handelt, für diese eintrete, während er der Unterwerfung von drei Millionen Deutschen unter die überpolitischen Herrschaft zustimmen habe. Die italienischen Nationalisten greifen Wilson aus heftiger und in offener Manier an.

Sensationalle Enthüllungen in Amerika?

Washington, 17. Febr. Wie einer Nachrichten-Agentur aus Washington gemeldet wird, wird der nächste Tag fesseln als der Beginn einer Reihe von sensationellen Enthüllungen betrachtet. Die amerikanische Presse geht seit kurzem ihrer Witterung über das Verhalten Wilsons aus und spricht von bevorstehenden Überraschungen.

Der Verband in Erwartung der Urteile.

Wien, 17. Febr. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Rotterdam, 18. Febr. Reuters meldet gestern Abend aus Paris: Der Rat der Alliierten erwartet die deutschen Urteile in der südslawischen Frage von sechs bis acht Wochen. Er erwartet ferner die Urteile aller jener Schuldigen, deren Namen die Auslieferungsliste enthält, durch das hohe Gericht in Leipzig einzufließen. Eine Erweiterung der Liste der Schuldigen wird von den Alliierten in Paris vorbereitet.

Der „Times“ meldet aus London: Lord George sprach nach der Abreise Mitterlands an den Pressereportern, die wollten, daß die Friedensverträge sei unmöglich. England werde genau wie Frankreich auf seiner ärgsten Durchführung durch Deutschland bestehen bleiben.

Genf, 18. Febr. Dasas meldet am Dienstag: Das Prozedere gegen die Deutschen wird nicht aufgeschoben, sondern nur vertagt. Die Deutschen haben ihre Prozedere bis spätestens Mitte April abzumachen. In der zweiten Hälfte des April findet in Paris eine neue Zusammenkunft der Minister der alliierten Staaten statt. In dieser Zusammenkunft wird die endgültige Entscheidung über die weiteren Schritte gegen die zur Auslieferung angeforderten Deutschen fallen.

Zusammenritt des Reichskabinetts.

Wien, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Berlin, 18. Febr. Das Reichskabinetts ist heute Vormittag um 11 Uhr zu einer Beratung zusammengetreten. Es besteht die Absicht, die Note der Alliierten durch eine deutsche Gegen-Note zu erwidern.

Das Verfahren gegen die Angeschuldigten.

Wien, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Berlin, 18. Febr. Wie die „Neue Berliner Morgenzeitung“ erzählt, soll bereits in der nächsten Woche mit der Beweiserhebung und Zeugenvernehmung durch den Oberreichsanwalt gegen die Kriegsschuldigen begonnen werden. Wahrheitsfindung werden bereits in Monatsfrist die ersten Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden.

Preßstimmen zur Ausführungsnote der Entente.

Die Auffassung der Presse geht übereinstimmend dahin, daß noch verschiedene Schwierigkeiten auf dem Wege bis zur endgültigen Lösung der Krise zu überwinden sind.

In der „Deutschen Welta.“ wird angedeutet: „Der das deutsche Reich betreffende Teil der Ausführungsnote der Entente ist in Deutschland aus der Angehörigen seiner Kriegsgegner immer zu ihrem Rechte gekommen. Die deutschen Behörden verweigern unerbittlich das Ziel, keinen Unschuldigen zu strafen, aber auch keinen wirklich Schuldigen seiner Strafe zu entziehen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Die feindliche Note gibt besonderen Anlaß, unsere alte Forderung dringend zu erheben: die deutsche Regierung möge nun endlich ungeniert mit den Völkern der feindlichen Kriegsgegner verkehren und einer klaren, klugen, klugen Lösung der von ihnen begangenen Gräueltaten an die Öffentlichkeit treten.“

Der „Volks-Anz.“ glaubt an einen verhältnismäßig raschen Aufbruch zur Auslieferung überhaupt. „Die Luft in Paris scheint vernünftigen Erwägungen nicht günstig zu sein. In London scheint man immerhin den Realitäten etwas klarer ins Gesicht zu sehen, so daß es nicht ohne menschliche Bedeutung ist, daß der Entschluß zu der jetzt vorliegenden Note in London gefaßt wurde — wie es übrigens von einer nicht nur menschlichen Bedeutung ist, daß sie von Lord George gezeichnet wurde, nicht von Herrn Mitterland. Der konnte freilich zur Befriedigung des Reichsgerichts der Entente auf ihr bisheriges Verhalten seinen Namen nicht gut hergeben noch hergeben wollen.“

Die „Kreuz-Bl.“ urteilt: „Der Grundgedanke der Entente, die Ehre Deutschlands zu vernichten, ist aufrechtzuerhalten, nur hat er äußerlich ein anderes Gesicht bekommen. Keineswegs verzichtet die Entente auf eine Auslieferung der von ihr geforderten Personen, sie verzichtet auch auf eine Beteiligung an der Rechtsprechung über dieses schandbare Verbrechen, welches vollzogen wurde. Sie haben das Abkommen nicht, noch dem Welt und in der Form so zu benutzen, wie sie es für zweckmäßig erachten.“

Die „Volks-Bl.“ schreibt: „Nach der vorliegenden Fassung der Ausführungsnote ist bis auf weiteres noch kein weiterer Gegenstand übermäßigen Jubels. Dieser Jubel wird erst eintreten, wenn die Urteile des Reichsgerichts gefällt und von den Alliierten anerkannt worden sind. In dem Gefühl der jetzt vorliegenden Gefahr darf nicht vergessen werden, daß diese Gefahr binnen kurzem mit doppelter Schärfe und unvermeidbar wiederkehren wird, wenn Deutschland es nun wieder veräumt, um seiner selbst willen das zu tun, was es sonst jederzeit gezwungen werden kann.“

Die „Germania“ meint, liegt der Kernpunkt der Entente darin, daß sie sich einen Widerruf ihres Verdicts auf die Auslieferung vorbehalte.

Das „Berl. Tagebl.“ stellt in der Note einen Schritt auf dem Wege zur Revision des Versailler Vertrages.

Im „Vorwärts“ heißt es: „Gewaltige Schwierigkeiten stehen vor der Abwicklung der Prozesse, die das Reichsgericht in Leipzig beschließen sollen. Die Auslieferungsliste ist wohl schon durch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz erfüllt. Wie soll es aber mit der Untersuchung und mit der Beweiserhebung abgesehen werden? Aber wenn selbst der Laie sich klar machen kann, was das heißt, so besteht noch die große Schwierigkeit nach der Objektivität der Richter.“

Aberwachung des Kaisers statt Auslieferung

Wien, 18. Febr. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).

London, 18. Febr. Die Verammlung des Obersten Rates hat in der Kaiserfrage einen neuen Beschluß gefaßt. Der Rat hat die Unmöglichkeit, Holland zu einer Auslieferung zu zwingen, eingeschrieben und legt jetzt den Schwerpunkt seiner Forderung darauf, daß die Kontrolle welche Holland über den Kaiser ausgeübt hat, den Alliierten nicht genügt. Bei der letzten Form einer sogenannten Internierung, die in Wirklichkeit gar nicht besteht, sei der Kaiser der Kontrolle der Alliierten und auch Deutschlands entzogen, weshalb ein Weg gefunden werden müsse, um die Überwachung des Kaisers zu verschärfen. Lord George hat nun vorgeschlagen, daß nach dem Beitritt Hollands zum Völkerbund diesem die Überwachung des Kaisers übertragen werden soll, damit Holland jederzeit verpflichtet sei, die Beschlüsse des Völkerbundes in dieser Hinsicht zur Ausführung zu bringen.

Holland wird eine würdige Antwort erteilen.

Das, 17. Febr. Der „Nieuwe Courant“ bespricht ausführlich die neue Note an Holland und sagt u. a.: „Es wird unserer Regierung nicht schwer fallen, auf dieses neue Schreiben eine würdige Antwort zu geben.“

„Dinant.“

Ein sächsischer Beitrag zur Auslieferungsliste.

In der belagerten Auslieferungsliste werden verschiedene Auslieferungsforderungen auf angebliche Verbrechen in und bei Dinant gestellt und in der französischen und belgischen Presse hat dieser Punkt anhaltend eine große Rolle gespielt als angeblicher Mittelpunkt von zahlreichen Verbrechen gegen die Gerechtigkeit und Würde einer zivilisierten Kriegsführung. Die feindliche Propaganda hat aus dem Stichwort „Dinant“ fortlaufend neue Lehren geschöpft und die Feindschaft ihrer ständigen Leser mit den fürchterlichen Taten der Soldaten erfüllt, als ob die belagerten Soldaten dort wie die Wilden gehandelt und ohne zwingende Not, lediglich ihrer Wut folgend, die himmelschreiendsten Untaten verübt hätten. Gegenüber derartigen Anschuldigungen und Verdrehungen der Wahrheit ist es von höchstem Wert, den wirklichen Sachverhalt in objektiver Darstellung festzusetzen, und dieser Aufgabe, die ebenso im besonderen deutschen wie im allgemeinen kulturellen Interesse liegt, unterzieht sich in dankenswerter Weise der sehr geschickte Verfasser des nachfolgenden Artikels, der über eine gründliche Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse verfügt und dessen hohe Wahrheitsliebe über jeden Zweifel erhaben ist.

Die sächsische Armee hatte zu Beginn des Krieges ihre Hauptmacht, angeleitet durch die 12. und 14. Armee und das 12. Reservekorps, innerhalb der 8. deutschen Armee vereinigt und nahm großen Anteil an dem sogenannten „Belgischen Völkermord“, der im August 1914 die ersten großen Operationen des deutschen Heeres begleitete und erschwerte. Dieser „Völkermord“ bildete der Verfasser als planmäßig vorbereitete, die dabei beobachtete Methode, die im Widerspruch mit den Regeln der Kriegsführung über den Völkermord eine vom Weidmörder nicht mehr zu unterscheidende Form der Massenmord zu eigen machte, habe bei unseren Truppen jenen Geist bezeugt, der in der Form der Mannesjagd erzeugt, der unseren Vorkämpfern durch Belohnung infolge der hundertfachen Kampfeslust der Bevölkerung so verhängnisvoll machte. Unter solchen Verhältnissen vollzog sich auch die blutige Tragödie von Dinant, von der der Verfasser wörtlich schreibt: „Sie wurde für alle Zeiten mit Erinnerungen verknüpft bleiben, die allein genügen sollten, um sämtlichen Völkern und ihre Väter von der gewalttätigen Lösung politischer oder wirtschaftlicher Konflikte abzuhalten.“

Wie geben nunmehr dem Verfasser das Wort zu seiner eingehenden Schilderung der Dinant-Tragödie, aus der im einzelnen hervorgeht, in welchem Maße sich die Bevölkerung der belagerten Stadt an dem Kampfe beteiligte und wie dadurch die Belagerung scharfe Anzeichen von unserer Seite heraufbeschied, an deren Auswärtigen, durch die eigene militärische Notwendigkeit gebotenen Charakter die gegen das sächsische Heer geschleuderten Beschuldigungen abprallten.

In einer der schönsten Stellen des sächsischen Buches über Dinant, 20 Kilometer oberhalb Namur, liegt im Gegensatz zu seiner äußeren Umgebung trostlos freies Waldstück am Fuß der kleinen Uferwände und ihrer Schichten geformt, das kleine, als Anzwei belagerte Städtchen. In der Hauptsache auf dem rechten Maas-Ufer gelegen, greift Dinant mit geringen Teilen auf das Westufer über. Eine kleinere Brücke verbindet beide Teile. Die Höhen des Dinanters, steil und felsig dicht hinter der Stadt ansteigend, lassen dieser nur einen schmalen Herd streifen. Sie überragen das etwas weite freie Westufer nicht weitentfernt und öffnen sich in nur wenigen Schritten und tief eingeschnittenen Schluchten zum Maas-Tal, in denen die einzigen für Pferde und Fußgänger benutzbaren Wege zum Fluß hinabführen. Beide Ufer an den Hängen der Höhen teilweise mit dichtem Anbau und Wald bebaute, die die höchste Wirkung der Umgebung erhöhen. Als charakteristisches Wahrzeichen thronet auf felsigen Felsen die Spitze des Dinanters etwa über der Mitte der Stadt; das sogenannte Fort, ein militärisch wertvolles, 1875 erbautes Zeintahell. Die enge und windige Gasse des Städtchens selbst entspricht ebenso seinem geschichtlichen Alter als der Beschränktheit seines Bauplatzes.

Es war dem 12. (I. Sch.) Armeekorps vorbehalten, hier den Maas-Übergang zu erzwingen und diesen, wie angegeben, vorzubereiten. Am 21. August 9 Uhr abends rückte mit seiner Vorpostenstellung hinter der Stadt das 2. Bataillon ungarischer Schützenregiments mit einem Zug des Pionier-Bataillons 12 nach Dinant vor.

Das Bataillon war, in der Absicht, den Ort in geschlossener Formation rasch zu durchsuchen und das Maas-Ufer zu gewinnen, bei völliger Dunkelheit etwa bis zur Mitte der Stadt gelangt. Während dies im übrigen einen ungeordneten Eindruck machte, zumal alle Türen und Fensterläden geschlossen waren, brannten hier einige Straßenlaternen. Ihr Lichtschein konnte unbenutzt werden. Man sieht sie und gibt damit dem im Hinterhalt liegenden Feinde das erwartete Signal. Wie Hagelwetter prasselte es von allen Seiten auf die überrollten Kompanien. Aus allen Fenstern, Dach- und Kellerluken schloß das Feuer und reißt sofort empfindliche Wunden in ihre auf enger Straße dicht sich drängenden Reihen. Jetzt mußte